

# ISOR aktuell

Mitteilungsblatt  
der Initiativegemeinschaft  
zum Schutz der sozialen Rechte  
ehemaliger Angehöriger  
bewaffneter Organe und  
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nr. 4/95 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Gegen Spenden kein Einspruch ★ April 1995

## Presseerklärung ISOR e. V.

### BEACHTLICHER TEIL DES RENTENSTRAFRECHTS SOLL BLEIBEN

Für bestimmte Zusatz- und Sonderversorgungssysteme sollen die bisherigen strafrechts-ähnlichen Begrenzungen des Einkommens für die Rentenberechnung entfallen. Von der Neuregelung sollen Personen ausgeschlossen werden, die eine herausragende Stellung innehatten oder Mitarbeiter des ehemaligen MIS/AFNS waren. Das schlagen CDU-Bundestagsabgeordnete aus den neuen Ländern und Berlin vor. Für uns ist das kein entscheidender Schritt zur Herstellung des sozialen Friedens. Es ist die modifizierte Form von Rentenstrafrecht. Nicht hinnehmbar sind vor allem die Reduzierung von Rentenansprüchen auf das niedrigste Niveau glaubhaft gemachter Anwartschaften und erniedrigende sowie verwaltungstechnisch monströse Einzelfallprüfungen. Soweit eine Nachzahlung verweigert werden soll, kommt das einer Geldstrafe gleich, deren Höhe jeder Betroffene nachzurechnen vermag.

In Übereinstimmung mit den Bekundungen unserer Mitglieder erklären wir, daß der soziale Frieden und der Rechtsfrieden nicht erreicht werden, falls das Rentenrecht weiterhin strafrechtsähnliche Sanktionen enthält.

### In gleicher Sache...

... wandte sich der Vorstand mit einem Brief an alle TIG-Vorsitzenden, in dem es u. a. heißt:

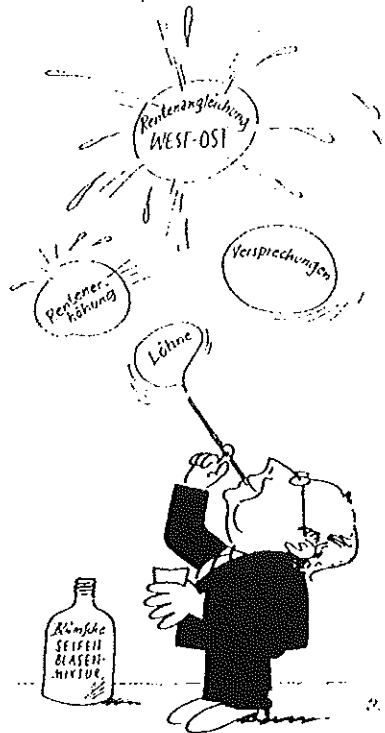
... Am 10.03.1995 informierte Staatssekretär Dr. Worms eine Reihe von Verbänden über Vorstellungen der CDU-Bundestagsabgeordneten der neuen Länder und Berlins zur Änderung des Rentenüberleitungsgesetzes.

Diese beinhalten im wesentlichen folgendes:

1. Die bisherigen Begrenzungen des Einkommens bei der Rentenberechnung sollen für Angehörige der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme entfallen, sofern sie nicht in einer herausgehobenen Stellung oder als Mitarbeiter der Staatssicherheit tätig waren.

Ein großer Teil der Betroffenen würde damit endlich die bis zur Beitragsbemessungsgrenze rechtlich zustehende Rente erhalten, der andere Teil wird weiterhin mit einer erheblichen Rentenminderung bestraft.

Von dieser kollektiven „Bestrafung“ sollen alle diejenigen erfaßt werden, die eine politisch, gesellschaftlich oder einkommensmäßig herausgehobene Stellung mit besonderer Verantwortung für die Stärkung oder Aufrechterhaltung des politischen Systems der DDR hatten. Als solche hat man im Auge: Personen ab Abteilungsleiter aufwärts in einem Ministerium bzw. Personen mit einem diesen Funktionen entsprechend hohen Einkommen. Davon werden ehemalige Angehörige der NVA, der DVP und der anderen Organe des Mdl sowie der Zollverwaltung in der Regel vom Dienstgrad Oberst/Zollinspekteur aufwärts betroffen. Für ehemalige Angehörige des MIS/AFNS soll das ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens gelten.



Aus: „Von ABM bis zukunftsfröh“. Das große Karikaturen-Wörterbuch der Nachwende.

Je nach Qualifikation sollen den von den Kürzungen Betroffenen die jeweils niedrigsten Werte glaubhaft gemachter Rentenansprüche angerechnet werden.

Das bedeutet in jährlichen Entgeltpunkten (EP) ausgedrückt:

| Qualifikation    | max.EP | Ø EP |
|------------------|--------|------|
| Hochschulabschl. | 1,15   | 1,09 |
| Fachschulabschl. | 1,05   | 0,97 |
| Meister          | 0,99   | 0,92 |
| Facharbeiter     | 0,77   | 0,72 |
| An- u. Ungel.    | 0,67   | 0,60 |

### 3. Ostdeutscher Bundeskongreß der Verbände

13. Mai 1995

Kino „INTERNATIONAL“ in Berlin

Motto:

„Wege zu deutsch-deutschem Frieden“

Der Kongreß soll u.a. den Entwurf eines Schlußgesetzes diskutieren und verabschieden. ISOR e.V. wird mit ca. 50 Vertretern teilnehmen. Weitere Interessierte wenden sich zwecks Übersendung von Einladungen und Kongreßmaterialien an das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V., Karl-Lade-Str. 26, 10369 Berlin, Tel. (030) 55 56 355.

Als Minimum könnten Facharbeiter 0,6 EP sowie An- und Ungelernte 0,5 EP jährlich erhalten.

2. Wer von den vorgesehenen Kürzungen betroffen ist, soll die Möglichkeit haben, einen Antrag bei der Rehabilitationsbehörde des jeweiligen Landes zu stellen, um als sogenannter Härtefall davon befreit zu werden. Das soll möglich sein, wenn überwiegend eine wissenschaftliche, technische oder medizinische Tätigkeit, jedoch nicht in einem Ministerium oder in einer entsprechenden obersten Dienststelle, ausgeübt wurde.

3. Die Bestandsschutzregelung für zum 31.12.1991 nach der jeweiligen Versorgungsordnung in Verbindung mit § 10 AAÜG mögliche Zahlbeträge für Renten soll auch für die Zusatz- und Sonderversorgungssysteme bis zum 31.12.1996 gelten.

4. Für Dienstbeschädigungen soll ein Ausgleich ähnlich dem Soldatenversorgungsrecht eingeführt werden.

5. Alle neuen Bestimmungen sollen erst mit Inkrafttreten der Gesetzesänderung, d. h. nicht rückwirkend, gelten. Nachzahlung würde es also nicht geben.

Unsere Solidargemeinschaft wird auf eine neue Bewährungsprobe gestellt. Es sei an die Ausführungen Prof. Azzola's auf der Vertreterkonferenz (ISOR aktuell Nr. 12/94) erinnert. Wir dürfen uns nicht spalten lassen.

Wer vom Rentenstrafrecht künftig verschont wird, darf sich nicht von den weiterhin Betroffenen abwenden. Wer weiterhin vom Rentenstrafrecht betroffen bleibt, darf sich nicht neidvoll gegen die künftig Besserstehenden wenden. Wir sollten erreichen,

Fortsetzung auf Seite 2

## Zu den Aufgaben der ISOR e.V. im Jahre 1995

Am 04.03.1995 fand in Berlin eine Beratung des Beirates der ISOR statt. In den einleitenden Ausführungen ging der stellvertretende ISOR-Vorsitzende Dr. Peter Fricker auf die derzeitige Lage ein und stellte den weiteren Kampf um Rentengerechtigkeit und die Entwicklung eines Vereinslebens in den Mittelpunkt der Aufgaben für 1995. Im einzelnen führte er u. a. aus:

Eine erste Aufgabe für 1995 ist die Stärkung und Festigung unseres Vereins.

Dazu zähle ich die Gewinnung weiterer Mitglieder, die Bildung neuer TIG und Aktivierung der TIG, die bisher zu ruhig geblieben sind, die weitere Entwicklung eines Vereinslebens sowie die weitere Verbesserung der Finanzarbeit.

Die Mitgliederstärke eines Vereins ist außerordentlich bedeutsam für seine politische Wirksamkeit und für die Stärkung seiner Finanzkraft. Die Bildung neuer TIG und Aktivierung der TIG, die bisher zu ruhig geblieben sind, ist eine schwierige und aufwendige aber notwendige Arbeit. Ihr Erfolg hängt entscheidend vom Finden der richtigen Person ab.

Unter der weiteren Entwicklung eines Vereinslebens verstehen wir z. B. die Durchführung von Versammlungen bzw. von gemeinsamen Veranstaltungen unterschiedlichster Art in regelmäßigen Abständen. Was auf der Insel Rügen möglich ist, sollte auch anderswo möglich sein. Es geht nicht um Versammlungen an sich, sondern, daß man sich trifft, Gedanken austauschen kann und spürt, daß man nicht allein ist. Wenn das im Rahmen der TIG nicht möglich ist, dann sollte das in Untergruppen, wie in Leipzig, oder in ehemaligen Arbeitskollektiven, wie in Görlitz, organisiert werden. Dabei sollen auch die Ehepartner einbezogen werden.

Große TIG, (etwa über 500 Mitglieder) sollten eine Aufteilung auf mehrere TIG prüfen, wie das die TIG Berlin-Lichtenberg bereits verwirklicht hat.

Einen hohen Stellenwert hat die Betreuung alter und kranker Mitglieder sowie Hinterbliebener, ohne damit in Konkurrenz zur Familie zu treten. Wenn erforderlich, könnten dazu AG Betreuung, Soziales o. ä. gebildet werden. Ein entsprechendes Vereinsleben kostet nicht nur Zeit und Kraft sondern gibt auch Kraft. Es ist bereits heute zur Stärkung der Solidarität

von großer Bedeutung, die im weiteren Verlauf unseres Kampfes enorm zunimmt und mit über das Fortbestehen von ISOR entscheidet. Eine ordentliche Finanzarbeit ist von existenzieller Bedeutung für den Verein. Deshalb erging der Vorschlag für einen Finanzbeauftragten bei jedem Beiratsmitglied. Deshalb wurde auch ein Beschluß durch den Vorstand über die Schaffung eines Leitfadens für die Finanzarbeit und Schulung der Kassierer der TIG im zweiten Halbjahr gefaßt.

### Zitat des Monats

„Die Hauptsache ist, daß man ein großes Wollen habe und Geschick und Beharrlichkeit besitze, es auszuführen, alles übrige ist gleichgültig.“

Johann Wolfgang von Goethe

### Zur Politischen und juristischen Arbeit

Im Kampf gegen das Rentenstrafrecht gibt es viel Bewegung und Sinneswandel bei einer großen Anzahl von Politikern. Aber noch liegen keine konkreten Ergebnisse auf dem Tisch. ISOR hat sowohl zentral als auch in den Ländern erheblich an Akzeptanz gewonnen. Beweise dafür sind die Gespräche und der Schriftverkehr.

ISOR hat ausgehend von der Vertreterkonferenz auf der Grundlage umfangreicher Berechnungen konkrete Vorschläge unterbreitet.

Aus der bisherigen Arbeit und der jetzigen Lage ergeben sich als Aufgaben:

Weiter und verstärkt müssen die Probleme des Rentenstrafrechts an Parlamente, Regierungen und Parteien herangetragen werden, um deutlich zu machen, daß wir uns durch schöne Reden nicht davon abbringen lassen, unsere Vorschläge und Forderungen durchzusetzen.

Gleiches gilt für die anderen Felder der Öffentlichkeitsarbeit und das Wirken in der Presse. In vielen Regionen gibt es gute Beispiele erfolgreicher Pressearbeit.

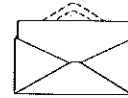
In der Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Verbänden müssen wir in geeigneter Weise unsere Vorschläge überzeugend vertreten. Das wird nicht immer einfach sein, weil teilweise notwendige Kenntnisse bei den Partnern als Voraussetzung für das Verständnis

noch fehlen.

Klagen werden im erforderlichen Maße fortgeführt, aber wir empfehlen, bereits die Widersprüche mit dem Ruhensangebot zu versehen, soweit das möglich ist. Dazu wurde den TIG-Vorsitzenden bereits ein erläuterndes Schreiben übersandt.

## Resonanzen

Weitere Reaktionen auf unsere Willenserklärung und die durch den ISOR-Vorstand vorgenommenen Präzisierungen liegen vor vom Regierenden Bürgermeister von Berlin, von der Staatskanzlei sowie der SPD-Landtagsfraktion des Landes Sachsen-Anhalt, von der Vorsitzenden des Sozialausschusses des Deutschen Bundestages, Frau Ulrike Mascher sowie vom BRH Berlin e. V. Alle Genannten haben sich einhellig und ohne Einschränkung für die Abschaffung der Strafrechtselemente im deutschen Rentenrecht ausgesprochen. Darüber hinaus ging eine Antwort der Arbeitsgruppe Soziales der CDU/CSU-Fraktion ein, in der auf die Vorstellungen der Gruppe der ostdeutschen CDU-Abgeordneten verwiesen wurde, die von der vollständigen Beseitigung des Rentenstrafrechts nichts wissen wollen.



## Aus der Postmappe

Der TIG **Oschatz** gelang es, durch die Zusammenarbeit mit der Seniorengruppe ehemaliger VP-Angehöriger, 38 neue Mitglieder zu gewinnen. Jetzt wird ernst gemacht. Am 15.03.1995 fand im Bürgerhaus eine Zusammenkunft zu Fragen der weiteren Festigung der TIG, Mitgliedergewinnung und Rentenfragen statt. Der Anfang ist gemacht. *Jochen Brix, Oschatz*

Die TIG **Hettstedt** führte am 5.3.95 ihre Mitgliederversammlung durch, in der die Ergebnisse der Konferenz in Berlin ausgewertet wurden. Die Mitglieder bewerteten die Ergebnisse positiv. Sie zeigt, daß sich die Befürworter des Rentenstrafrechts, vornehmlich die CDU, falls sie nicht ganz von der Welt isoliert werden wollen, bewegen müssen, wenn es ihnen auch schwer fällt. Aus diesem Grunde muß unsere Organisation gestärkt werden. Die

Fortsetzung auf Seite 3

### Fortsetzung von Seite 1

daß möglichst alle Mitglieder sofort Briefe an Abgeordnete des Bundestages und der Länderparlamente, die Ausschüsse des Bundestages, insbesondere die Ausschüsse für Arbeit und Soziales und für Recht, den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, die Ministerpräsidenten und Sozialminister der neuen Bundesländer sowie den Regierenden Bürgermeister von Berlin und die Sozialsenatorin schreiben.

Werdet sofort aktiv. Die Briefe müssen zu Tausenden unverzüglich auf die Tische der Adressaten, weil jetzt die entscheidenden Diskussionen um ein verändertes Rentenüberleitungsgesetz stattfinden. Wenn das

Gesetz erst beschlossen ist, ist es zu spät. Wehren wir uns in solidarischer Geschlossenheit!

### Die Redaktion meint:

Daß möglichst alle Mitglieder schreiben, mußte selbstverständlich sein. Aber auch Verwandte, Freunde, Bekannte und Mitfühlende, die über das bestehende Rentenunrecht empört sind, sollten ermutigt werden, sich der Protestaktion anzuschließen. Es wäre ein Akt wichtiger solidarischer Unterstützung. Wichtig ist auch, die Sprechstunden der Abgeordneten im Territorium zu nutzen. Briefe sind das eine, das Darlegen der Fakten im unmittelbaren persönlichen Gespräch das andere, denn oftmals ist der ganze Umfang der kom-

plizierten Problematik gar nicht bekannt, wie Mitglieder der TIG **Delitzsch** im Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Frau Dr. Angelika Pfeiffer (CDU) feststellten, die lt. „LVZ“ als Sozialexpertin der CDU/CSU-Fraktion gilt. Kenntnisse über den Ursprung des AAÜG fehlten ihr. Ebenso bestand die irriige Auffassung, es seien gar keine Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt worden! Weder die Willenserklärung unserer außerordentlichen Vertreterversammlung noch die Antwort des Bundeskanzlers, der Parteien und Fraktionen darauf waren ihr bekannt. Wenn durch die Arbeitsweise des Bundestages nicht gesichert ist, daß den Abgeordneten alle für ihren Meinungsbildungsprozess benötigten Materialien zugeestellt werden, dann müssen wir das selbst tun.

Fortsetzung von Seite 2

Werbung neuer Mitglieder hat bei uns Vorrang. Seit Jahresanfang traten weitere ehemalige VP-Angehörige der ISOR bei. Um die Arbeit der ISOR noch wirksamer gestalten zu können, erklärten sich die Mitglieder schriftlich bereit, dies durch Spenden zu unterstützen. Es gab auch Proteste, daß der Kriegsverbrecher Lehnig-Emden wegen Verjährung des Verbrechens freigesprochen wurde. Leider wurde vergessen zu sagen, was dieser faschistische Verbrecher, der 15 Frauen und Kinder ermorden ließ, für seine Staatsnähe bei Hitler für eine Rente erhält. Sicherlich keine Kürzungen. So sieht der „Rechtsstaat“ aus.

*E. Seeland, Heltstedt*

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen im Vorstand für die angestrenzte Arbeit zu danken, die jetzt sichtbare Fortschritte erkennen läßt. Besonders liegt mir ein Dank an unsere Vorsitzende am Herzen. Ich glaube, daß sie für den Zusammenhalt unserer Interessengemeinschaft mehr getan hat, als sie in ihrer Bescheidenheit zugeben würde.

*Dietmar Unrath, Potsdam*

In Nr. 2/95 wurden weitere Reaktionen auf unsere Willenserklärung veröffentlicht. Interessant für mich das Schreiben des Bundeskanzlers und hier besonders der Satz: „Von der Allgemeinheit finanzierte Höchstrenten für Personen, die für das Unrecht in der DDR verantwortlich oder mitverantwortlich waren, wird es auch in Zukunft nicht geben.“

Offensichtlich haben die Herren der CDU im Bundeskanzleramt vergessen, wie großzügig CDU-geführte Regierungen Renten an ehemalige hohe Nazioffiziere und Funktionäre der NSDAP gezahlt haben.

*Harald Günther, Angermünde*

## TIG in Kürze

Immer stärker nehmen TIG ihr demokratisches Recht wahr, sich an Politiker, Abgeordnete und politische Institutionen zu wenden, ihnen die Rentenunrechtsprobleme deutlich zu machen und dabei den Inhalt der Willenserklärung einem breiten Kreis von politischen Entscheidungsträgern zur Kenntnis zu bringen.

An der öffentlichen Mitgliederversammlung der

## H. Sp. lebt nicht mehr

*Das Mitglied unserer Arbeitsgruppe Presse, Heinz Sproete, Verfasser vieler Glossen – gez. H. Sp. – ist verstorben. Alle werden seine bissigen, aber nicht verbissenen Glossierungen gegenwärtiger Probleme in unserem Blättchen vermissen.*

*Ehren wir sein Andenken, indem wir weiterhin ungeteilte Solidarität üben.*

*Vorstand*

*Arbeitsgruppe Presse*

TIG Güstrow nahm – neben Vertretern anderer Verbände und Vereine – die Abgeordnete des Landtages und Vorsitzende des Petitionsausschusses Mecklenburg-Vorpommern, Frau Bärbel Kozian, teil. Sie forderte auf, bei Erfordernis unbedingt Petitionen einzubringen, weil immer eine angemessene Reaktion des Ausschusses erfolgen muß.

Auf einer Zusammenkunft, zu der der Ortsverband des BRH Bernau, der Seniorenvertreter der Gewerkschaft der Polizei des Polizeipräsidiums Eberswalde und die TIG Bernau gemeinsam eingeladen hatten und an der auch Vertreter der Rentenstelle des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) teilnahmen, wiesen 75 ehemalige Angehörige der Volkspolizei des Kreises Bernau, die heute im Renten- oder Vorrentenalter sind, in einer Entschließung auf das bestehende Rentenunrecht hin. Die Resolution stellt fünf Forderungen zur Beseitigung des Rentenstrafrechts und erinnert zugleich die Politiker nachdrücklich an ihre Wahlversprechungen zur Bundestagswahl und an den Beschluß des Bundesrats vom 14. Oktober 1994 in dieser Angelegenheit.

Die TIG Brandenburg und Rathenow hatten das MdB Herrn Dr. Knaape (SPD) zu ihrer turnusmäßigen Versammlung am 22.02.1995 eingeladen. Als Gast nahm ebenfalls ein Vertreter des DBwV teil. Den Ausführungen des Herrn Dr. Knaape war zu entnehmen, daß auch in den Kreisen der SPD die Notwendigkeit der Veränderung des gegenwärtigen Zustandes erkannt worden ist. Seine Ausführungen ließen bei den Anwesenden keinen Zweifel, daß er für mehr soziale Gerechtigkeit plädiert.

## Die Zeit ist überreif!

Es ist unverkennbar: Endlich ist Bewegung in Sachen Beseitigung des Rentenstrafrechts gekommen. Stärkere politische Auseinandersetzung mit dem Problem zeigt sich seit Herbst 1994: Am 14.10.94 Abgabe einer Absichtserklärung zur Änderung des Rentenrechts in den neuen Bundesländern durch den Bundesrat; im November Vorlage eines entsprechenden Antrages durch die SPD; im Dezember Vereinbarung der Bonner Koalition, Lösungen zu prüfen; am 26.01.95 Erörterung der Gesetzesinitiative der PDS sowie der Anträge von SPD und Bündnis 90/Grüne zu Fragen des Rentenrechts in den neuen Bundesländern durch den Bundestag, im März 1995 Beratung der Sozialminister der ostdeutschen Bundesländer und Abgabe von Absichtserklärungen der Parteien zum Problem Rentenstrafrecht.

Aus Pressemeldungen, Berichten und der Bundestagsdebatte vom 26.01.95 sind die Standpunkte der einzelnen Parteien und ihrer Fraktionen deutlicher geworden:

Die PDS war von Anfang an gegen das Rentenstrafrecht und beantragte zuerst mit entsprechenden Gesetzesvorlagen seine Abschaffung. SPD und Bündnis 90/Grüne haben sich im Laufe der Zeit stärker der Forderung nach vollständiger Beseitigung des Rentenstrafrechts angeschlossen. Insbesondere Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion treten heute offiziell für die restlose Beseitigung des Rentenstrafrechts ein. Das kam z. B. auf einer öffentlichen Versammlung der SPD in Berlin-Treptow am 13.03.95 zum Aus-

*Fortsetzung auf Seite 4*

## Aus dem Interview

**Dr. Richter:** Es beginnt sich etwas zu bewegen. An dieser Stelle sind vor allem die bemerkenswerten Initiativen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern hervorzuheben, die sich u. a. im Aufruf des Landtagspräsidenten zum Polit-Dialog zeigen sowie in der Koalitionsvereinbarung mit der Forderung „das Rentenüberleitungsergänzungsgesetz von rentensystemwidrigen Kriterien zu bereinigen.“...

**S. Felgner:** Mitglieder unseres Vereins haben bisher gegen mehr als 7000 Entgelt- bzw. Rentenbescheide Rechtsmittel eingelegt. Täglich kommen neue hinzu, gegenwärtig vor allem von ehemaligen Soldaten und Polizisten. Und wir bleiben dabei, weil uns die Lage dazu zwingt. Jede hingenommene Rentenkappung macht das Unrecht bestandskräftig und signalisiert, daß angeblich kein Handlungsbedarf zur Gesetzesänderung besteht...



ISOR-Vorstandsmitglied Dr. Dietrich Richter (l.) und Beiratsmitglied Siegfried Felgner (r.) bei einem Interview, welches am 5.3.1995 in nahezu allen „Blitz“-Zeitungen Mecklenburg-Vorpommerns erschien.

Fortsetzung von Seite 3

druck. Dort versicherte der Bundestagsabgeordnete und Sozialexperte der SPD, Rudolf Dreßler, den Anwesenden – darunter viele ISOR-Mitglieder –, daß er und seine Fraktion „mit aller Konsequenz“, „ohne Wenn und Aber“, aus rechtsstaatlichen Gründen, für eine strikte Trennung von Strafrecht und Sozialrecht eintreten. Er sprach sich u.a. für die Aufhebung der willkürlichen Kappungen der Rentenansprüche aus. Als Begrenzung der Rentenleistungen will er nur die Bemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung anerkennen. Herr Dreßler hofft, für seine Vorstellungen eine parlamentarische Mehrheit, auch mit Hilfe von FDP-Abgeordneten, zu bekommen. Auch die FDP sieht inzwischen ein, daß die bisherigen Gesetze zu „Ungerechtigkeiten im Rentenrecht“ geführt haben.

Angesichts dieser neuen Situation, zu deren Herausbildung wir als ISOR mit unseren Initiativen und Aktivitäten in Zusammenarbeit mit anderen Interessenvertretungen beigetragen haben, sieht sich die CDU/CSU nunmehr veranlaßt, ebenfalls einer Überarbeitung des RÜG zuzustimmen. Selbst der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, bezeichnete das RÜG als „korrekturbedürftig“ und Berlins Regierender Bürgermeister, Eberhard Diepgen, meinte zu diesem Gesetz: „Hier müssen wir ansetzen mit Veränderungen. Ich bin strikt der Auffassung, Rentenrecht darf kein Strafrecht sein.“ Das Ergebnis der Überlegungen ostdeutscher CDU-Abgeordneter ist auf Seite 1 zusammengefaßt. Setzt sich ihre Vorstellung durch, dann wird das Rentenstrafrecht nur modifiziert, jedoch nicht generell beseitigt.

Lassen wir daher in unserem Kampf um Rentengerechtigkeit nicht nach und tragen wir durch unsere bewährten Aktivitäten dazu bei, daß es recht bald zu einer Entscheidung im Sinne der in unserer Willenserklärung festgeschriebenen Zielstellung kommt. Denn: „Es ist höchste Zeit, das Rentenrecht in den neuen Bundesländern zu korrigieren“, wie die „Berliner Linke“ in einem ganzseitigen Artikel zum Rentenstrafrecht in ihrer Ausgabe 7/95 feststellte.

P. Stern

## Von Mitglied zu Mitglied

In Lübben im Spreewald bietet ein ISOR-Mitglied Urlaubsmöglichkeiten an. Interessenten wenden sich bitte an folgende Telefonnummer: 03546-3643

**Auch Kampf um Rentengerechtigkeit verursacht Kosten...**

**In solidarischer Unterstützung spendeten größere Beträge:**

**Rudolf Josef Wullmann, Blankenf. 500 DM**  
**Horst Krieger, Berlin 100 DM**

**Der Vorstand dankt ihnen und auch allen nicht genannten Spendern.**

**In unserer Geschäftsstelle erschien ein demobilisierter russischer Offizier und übergab eine Spende in Höhe von 70 DM mit dem ausdrücklichen Wunsch, diese Spende für die Unterstützung strafverfolgter Grenzsoldaten zu verwenden. Die Spende wurde an die GRH weitergeleitet.**



## Die AG Recht informiert:

### Verfassungsbeschwerde wegen freiwilliger Krankenversicherung 1991

In ISOR aktuell 12/94 haben wir von der abweisenden Entscheidung des BSG in zwei Fällen berichtet. Das schriftliche Urteil ließ auf sich warten. Nach gründlicher Prüfung wurden Verfassungsbeschwerden in beiden Fällen erhoben. Diese richten sich gegen die Ungleichbehandlung der Rentner der Sonderversorgungssysteme.

Alle Rentner in der DDR wurden durch das Gesetz über die Sozialversicherung vom 28.06.1990 der Pflichtversicherung und entsprechender Beitragspflicht unterworfen.

Für die Beiträge der Rentner der Sozialversicherung zur Krankenversicherung kam 1991 der Träger der Rentenversicherung auf. Nur die Rentner der Sonderversorgungssysteme blieben ausgeschlossen, weil die Versorgungsträger weder durch Gesetz verpflichtet wurden, für die Beitragszahlung aufzukommen, noch aus eigenem Entschluß zahlten.

Nun ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes abzuwarten. Bis dahin sollen alle Anträge auf Erstattung der 1991 gezahlten Beiträge zur Krankenversicherung weiterhin ruhen, ebenso die deshalb anhängigen Klageverfahren. Sollten sich in Einzelfällen Krankenkassen oder Gerichte mit Bezug auf die BSG-Entscheidungen anders verhalten, wird empfohlen, die Anwälte umgehend zu informieren.

Wir machen darauf aufmerksam, daß von den Entscheidungen des BSG die Beitragszahlung der Empfänger von befristeter erweiterter Versorgung oder Vorruhestandsgeld zur Krankenversicherung noch nicht direkt erfaßt ist. Allerdings ist bekannt, daß das BSG in einem diesbezüglichen Revisionsverfahren abschlägig entschieden hat. Da dieses nicht von unseren Anwälten vertreten wird, ist nicht bekannt, ob Verfassungsbeschwerde erhoben wurde. Die bei unseren Anwälten anhängigen Musterverfahren werden vorerst weitergeführt.

Prof. Dr. W. Edelmann

## Buch-Tip

Im Verlag ECOTOUR erschien ein Spezialkatalog von Klaus Walter „Uniformeffekten der bewaffneten Organe der DDR“

Er enthält eine einmalige Übersicht über das Sachgebiet einschl. der gegenwärtigen Preise für jeden Artikel. Jeder Abschnitt wird eingeleitet mit einer kurzgefaßten Geschichte des jeweiligen Organs.

Der Verlag bietet die zweibändige Ausgabe ISOR-Mitgliedern mit einem Rabatt von 30% zum Ladenpreis an.

Ladenpreise:

Band I (Mdl) 48 DM  
Band II (MINV, MIS) 56 DM  
Bände I + II 89 DM

Bestellungen unter dem Kennwort „ISOR-Mitglied“ sind zu richten an:

Dr. Stefan Kohlmetz  
Gollindestr. 40, 10365 Berlin  
Tel.: (030) 55 17 33 02 Fax: (030) 55 17 33 00



## Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Frieder Albert, Greiz,  
Heinz Arandt, Zeitz,  
Kurt Benitz, Schönebeck,  
Horst Beyer, Berlin-Li'berg,  
Dieter Böhme, Dresden,  
Hans Feustel, Triebes,  
Gertrud Franke, Gotha,  
Heinz Franke, Kändler,  
Joachim Gottschald, Leipzig,  
Gerhard Hauptmann, Zeitz,  
Ewald Jaschinski, Rostock,  
Werner Kärger, Schönebeck,  
Horst Kienel, Sonneberg,  
Heinz Kirchlberg, Berlin-Weißensee,  
Siegfried Krahnert, Chemnitz,  
Gerhard Kropf, Zeitz,  
Alfred Krüger, Schönebeck,  
Manfred Lindemann, Cottbus,  
Rolf Löffler, Berlin-Fr'felde,  
Helene Ludwig, Berlin-Li'berg,  
Lieschen Malack, Frankfurt/Oder,  
Heribert Mally, Zeuthen,  
Werner Melzer, Halle,  
Werner Müller, Berlin-Weißensee,  
Hildegard Nowak, Schwarze Pumpe,  
Burghardt Oswald, Berlin-H'hausen,  
Werner Peter, Zeitz,  
Lothar Pleban, Stralsund,  
Roland Reichenbach, Berlin-Karlsh.,  
Roland Reichwald, Berlin-H'hausen,  
Heinz Reimann, Cottbus,  
Dietrich Rolle, Schönebeck,  
Kurt Roseneck, Calbe,  
Karl-Heinz Rückner, Strausberg,  
Heinz Schiffer, Cottbus,  
Hannelore Schröter, Berlin-Mitte,  
Manfred Sommer, Berlin-Li'berg,  
Wolfgang Stehfest, Zeitz,  
Kurt Stollig, Berlin-H'hausen,  
Heinz Templin, Berlin-Hellersdorf,  
Ernst Vincenz, Zeitz,  
Dieter Wasinski, Dresden,  
Heinz Wolf, Magdeburg,  
Klaus Woiciehowske, Berlin-Li'berg,  
Horst Zschörner, Eilenburg,  
**Ehre ihrem Andenken.**

## IMPRESSUM

Herausgeber: Vorstand der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

### Bankverbindung:

Berliner Sparkasse  
Konto-Nr.: 171 302 0056  
Bankleitzahl: 100 500 00

### Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin  
Telefon: (030) 58 31 43 15  
Fax: (030) 58 31 43 16  
Postanschrift: ISOR e.V.  
Postfach 0423  
10324 Berlin

### Sprechstunden:

Dienstag 10 bis 12 Uhr  
Mittwoch 9 bis 13 Uhr  
Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich  
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.  
Druck: BWP Grafische Werkstätten GmbH 14476 Gofm